

Erscheint wöchentlich
einmal: Freitag.

Anzeigen: Die 6spaltige
Borgiszelle 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei
Wiederholung entsprechend
billiger.

Schluss der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Giche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungsverzeichnisse.
Redaktion und Expedition:
Berlin NO. 55,
Greifswalderstr. 221/23.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Königstadt 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Volkmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23. — Geldsendungen an W. Jette, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Nummer 21/22.

Am a. Donau, den 4. Juni 1915.

26. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Treubruch. — Heimstätten für unsere Krieger! — Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. — Der „Vorwärts“ in Nöten! oder: Ein jeder blamiert sich, so gut er kann. — Die Kriegstagung der Deutschen Verbraucher. — Der Burgfrieden unter den Arbeiterorganisationen. — Unsere Kompanie. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

Treubruch.

Die Wirtel sind gefallen, der ehemalige Bundesgenosse Italien steht mit uns im Kriege. Die drohende schwangere Wolke jenseits der Alpen ist zur Entladung gekommen, Deutschland und Oesterreich ist von seiner Ungewissheit befreit. Uns trifft der Schlag nicht unvorbereitet, die Haltung Italiens war seit Ausbruch des Krieges eine derart schwankende, daß wir mit berechtigtem Mißtrauen auf unseren „Bundesgenossen“ blicken mußten. Deutschland hat alles aufgeboten, um Italien vor den Schrecknissen des Krieges zu bewahren, Fürst Bülow, einer unserer besten Staatsmänner, einer der besten Kenner der italienischen Verhältnisse, hat seine ganze Kraft eingesetzt, um den Treubruch zu verhindern, alles war vergeblich, englisches Geld, und französische und englische Hezarbeit haben den Sieg über die Vernunft davon getragen.

Kopfschüttelnd steht die zivilisierte Menschheit vor der volendenden Tatsache eines Verrats, eines Schurkenstreiches, wie ihn die Weltgeschichte so leicht nicht erlebt hat, die menschliche Vernunft lehnt sich gegen die Lehren von Treu und Glauben auf. Auch die neutralen Staaten halten mit ihrem vernünftigen Urteil über den Treubruch Italiens nicht zurück. Aus Stockholm wird geschrieben:

Sämtliche Blätter, sogar der dreiverbandsfreundliche „Sozialdemokrat“ verurteilen die Treulosigkeit Italiens. „Stockholms Dagblad“ schreibt: Italiens Eingreifen in den Krieg ist die Frucht einer kaltsblütigen, skrupellosen Spekulation. Daß die italienischen Staatsmänner dabei den jahrzehnte alten Bundesvertrag, aus dem Italien nachweislich bedeutende Vorteile gezogen hat, als einen wertlosen Fetzen Papier behandeln, zeugt für die Abwesenheit moralischer und ethischer Gesichtspunkte. In allem, was man in den letzten Monaten an Umwertung von Werten erlebt hat, gibt es kaum etwas, das an brutaler Rücksichtslosigkeit mit der italienischen Politik verglichen werden kann, deren Ergebnis diese Kriegserklärung ist.

„Svenska Morgensbladet“ nennt Italiens Politik eine Camorra-Politik. Die Weltgeschichte, sagt das Blatt, hat sonst schwarze Blätter, aber Italien hat die im zwanzigsten Jahrhundert besonders zweifelhafte Ehre ein neues schwarzes Blatt beschreiben zu haben, ein Raubkrieg gegen seine Verbündeten, — das wird wahrscheinlich das Urteil der ganzen neutralen und zivilisierten Welt sein.

Ähnlich ist die Sprache der übrigen Blätter, unter denen „Sozialdemokraten“ darauf hinweist, daß der Krieg gegen den Willen des italienischen Volkes in Szene gesetzt worden sei. „Nya Dagligt Allehanda“ erklärt: Ein schlimmeres Sammelsurium hat man wohl nie in einem weltgeschichtlichen Dokument gesehen, als in der italienischen Kriegserklärung; dieses Aktenstück ist ein Schlag ins Gesicht, oder, um im italienischen Stile zu reden, der brutale Dolchstoß eines Straßenräubers von hinten. „Aftonsbladet“ bewundert die Ruhe, mit der die Kriegserklärung Italiens in Deutschland aufgenommen worden ist. Der militärische Mitarbeiter von „Svenska Dagbladet“ meint, daß das Eingreifen Italiens kaum eine größere Unwägung zugunsten des Dreiverbandes hervorbringen wird.

Ähnlich klingende Urteile geben andere Blätter neutraler Länder ab. Die italienische Regierung und die Kriegshörer versuchen nun krampfhaft den Ausbruch der Feindseligkeiten als die Meinung des Volkes hinzustellen, doch scheidet stark durch, daß dem nicht so ist, und es wäre ja geradezu heller Wahnsinn, wenn ein Volk, das zehn Monate durch die Presse die Greuel des Krieges verfolgt hat, sich in solche Abenteuerpolitik stützen würde. Aber was ist in Italien Volkessstimme? Schrieb doch bereits am 1. September das Blatt der italienischen Gewerkschaftszentrale, der „Confederazione del Lavoro“:

„Das Ergebnis des Krieges muß die Niederwerfung des deutschen Feudalismus und die Auflösung des österreichisch-ungarischen Staates sein, um den Zusammenschließungsprozess der Nationen in ihren natürlichen Grenzen zu beschleunigen, eine Zusammenschließung, die im Interesse des internationalen Zusammenarbeitens und der allgemeinen Abrüstung unerlässlich ist.“

Man wünscht also den Zusammenbruch Deutschlands. An einer anderen Stelle heißt es:

„Indem eine Unterstützung der beiden Zentralmächte (also Deutschlands und Oesterreichs) unbedingt ausgeschlossen ist, sehen wir auch nicht die Notwendigkeit für Italien, im Interesse der Triple-Entente das Schwert zu ziehen, wenigstens so lange nicht, wie diese nicht ihren Gegnern zu unterliegen droht.“

Man nahm also ohne weiteres an, daß es Frankreich, England und Rußland mit leichter Mühe gelingen würde, Deutschland zu unterwerfen, darin hat man sich nun gründlich verrechnet.

In einer anderen Notiz heißt es:

„Teutonische Kultur und Zivilisation. Die Nachrichten, die aus Belgien, dem interessantesten Kriegsschauplatz, eintreffen, überraschen, rühren und entrüsten. Die Ritter der teutonischen Kultur und Zivilisation begehen Scheußlichkeiten, die unter die niedrigsten und abstoßendsten Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten, des Glaublichen und des Unglaublichen hinabgehen.“

Neutralität, Völkerrechte und Verträge werden in zynischer und frecher Weise verleht und aufgehoben; Scharen von Greisen, Weibern und Kindern mit den Bajonetten vor den deutschen Truppen hergetrieben, um auf die Feinde einen erpresserischen Druck auszuüben und sie ungestraft schlagen zu können; Städte dem Boden gleichgemacht und Kunstwerke zerstört; räuberische Brandstiftungen der Städte und der als Geiseln gehaltenen Bürger: das sind die großen Kultur- und Zivilisationsstaten, die von den teutonischen Vandalen, Barbaren und Briganten in Belgien verrichtet werden.

Es wäre nützlich, zu wissen, was die deutschen Sozialisten und Gewerkschaftler denken, sagen und tun diesen Dingen gegenüber; denn es widerstrebt uns an ihre Einwilligung, Mitgefühl und Mitverantwortlichkeit zu glauben.

Aus diesen scheußlichen Taten der Barbarei, des Vandalismus und des Brigantentums enthüllt sich das, was man ironischerweise deutsche Kultur und Zivilisation nennen kann. Hinweg damit!

Auf diese Notiz ist den Leuten die gebührende Antwort zuteil geworden, es ist jedoch gut, die Stimmung der italienischen Arbeiterpresse jetzt in Erinnerung zu bringen. Bezeichnend ist die rührende Neutralität über die Klagen der Verletzung von Neutralität, Völkerrechte und Verträge, köstlich ist auch der Vorwurf des Brigantentums, als ob Italien nicht von jeher als die Brutstätte des Brigantentums betrachtet worden wäre.“

Auf diesbezügliches Abwehrschreiben deutscher Gewerkschaftsführer antwortet Quaglino, ein italienischer Gewerkschaftsführer unter anderem in einem Satz:

„Ich will nicht über die Ursachen und den Charakter des gegenwärtigen Krieges diskutieren. Ich sage Dir nur, daß es in Italien keinen Menschen irgend welcher Partei gibt, der an den Abwehrcharakter des Krieges der zwei Zentralmächte (also Deutschland und Oesterreich) glaubt.“

Hierauf stellt man die ganzen amtlichen Berichte Deutschlands als Schwindelnachrichten dar, und folgt nur den Lügenberichten der feindlichen Presse. Und wie leicht hätte man sich als damaliger Bundesgenosse über die wahren Verhältnisse informieren können. Männer von neutralen Ländern sind durch Deutschland gereist, um die Stimmung des Volkes zu hören, sind auf die Schlachtfelder geeilt, um die Haltung unserer Truppen in Augenschein zu nehmen; aus deren Munde hat man nichts von Ausschreitungen unserer Soldaten vernommen. Selbst Owen, ein Amerikaner, legte in seinem Werke klar, daß Deutschland und Oesterreich niemals die Angreifer sein könnten, denn, wenn ein Mann vom Monde stieg, dessen Auge also keine Parteilichkeit getrübt hat, und sich die Landkarte anschaut, so wird er ohne weiteres sein Urteil abgeben, daß diese beiden Mächte niemals die Angreifer sein könnten. Alles dieses sahen Männer, die ohne Einfluß sich ein objektives Urteil gebildet hatten, aber unsere ehemaligen Bundesgenossen hielten dies alles nicht für notwendig, sondern folgten einfach den Heppredigten. Wenn nun schon in der Presse der „aufgeklärten“ Arbeiter eine derartige Stimmung zum Ausdruck kommt, so darf man sich über die Sprache der berufsmäßigen Kriegshörer nicht weiter wundern. Man ist jetzt geneigt, Wert auf die Stimmung der 74 sozialistischen Abgeordneten, die gegen die Kriegskredite gestimmt haben, zu legen, ruft man sich jedoch die angeführten Stimmen aus der sozialistischen Arbeiterpresse in Erinnerung, so wird man keine große Hoffnung auf die Haltung der 74 Abgeordneten setzen.

Doch sei es wie es sei, unsere deutsche Arbeiterschaft weiß sich in diesem Kriege eines mit seiner Regierung. Der deutsche Arbeiter hat ein feineres Verständnis, und weiß wohl zu un-

terscheiden, was künstlich und natürlich aufgebaut ist, der deutsche Arbeiter sieht solch italienischen Theaterbonnen mit mitleidigem Lächeln an, er bedauert die vielen armen Mitmenschen, die durch solche gewissenlose Hezer ins Verderben getrieben werden, er ist sich aber bewußt, daß hier jede weibliche Regung unterdrückt werden muß. Der eigene Selbsterhaltungstrieb, die Sorge um seine Familie zwingt ihn dazu mit der Energie, mit bewundernswerter Tapferkeit gegen den Wahnsinn der italienischen Bevölkerungsschichten anzukämpfen. Der deutsche Arbeiter ist sprichwörtlich friedlich gesinnt, er weiß aber auch, was er seinem Vaterlande, seiner Familie schuldig ist. Unzähliges Blut ist schon geflossen, noch immer mehr Ströme werden verlangt, die menschliche Natur kränkt sich dagegen, aber das harte M u ß läßt vieles überwinden. Die Hoffnung, daß aus dieser blutigen Saat unzählige Friedensapostel ersprießen werden, läßt auch uns vieles überwinden. Wohlthuend, im Gegensatz zu dem Kriegstheater in Italien, hat es uns berührt, als der erste Staatsmann, unser Reichkanzler im Reichstage mit kurzen knappen Worten auf das eiserne M u ß hinwies, wie er andererseits in der letzten Reichstags-sitzung hinwies, daß unser Bundesgenosse Oesterreich bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gegangen ist, um die italienische Habgier zu befriedigen.

Wir stehen jetzt an der Grenze, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelt. Mit ruhigem Ernst und Entschlossenheit haben wir auch diese Kriegserklärung in Empfang genommen. Unsere braven Truppen, unsere Brüder im Felde haben bisher siegreich das Uebermenschenliche vollführt und überstanden, und sie werden sich auch noch weiter ihrer Haut wehren im Interesse des Vaterlandes und ihrer Familie.

Heimstätten für unsere Krieger!

Von P. D. Ruppel.

Die Nr. 17/18 der „Giche“ brachte beherzigenswerte Ausführungen zu der Frage der unverleht heimkehrenden Krieger. Den dort vertretenen Standpunkt, daß die Berufsorganisationen als solche nicht in der Lage sind — abgesehen davon, daß eine rechtliche Verpflichtung überhaupt nicht abgeleitet werden kann — diese Frage in den Kreis ihrer Aufgaben zu ziehen, kann man nur unterstreichen. Hier muß eben die Allgemeinheit, d. h. der Staat bezw. das Reich eingreifen. Schon heute müssen Mittel und Wege erforscht werden, um eine glückliche Lösung sicher zu stellen.

Unter den mancherlei Aufgaben, die sich hierbei ergeben, sei eine besonders hervorgehoben. Gerade sie verdient die größte Beachtung aller sozial gerichteten Kreise, weil von ihr nicht nur das Wohl und Wehe der heimkehrenden Krieger und ihrer Familien, sondern darüber hinaus auch die Zukunft unseres ganzen Volkes abhängt.

Seit dem 20. März hat sich auf Anregung des Bundes deutscher Bodenreformer der

Hauptauschuß für Krieger-Heimstätten gebildet, dem sofort 28 Organisationen aller Art beitraten, inzwischen ist deren Zahl auf 248 angewachsen. Was er erstrebt ist die Schaffung eines Reichsgesetzes, durch das den heimkehrenden Kriegern die Möglichkeit geboten wird, mit öffentlicher Hilfe eine Heimstätte zu erwerben, sei es zum Zweck ländlicher oder gärtnerischer Siedelung, sei es zum Erwerb eines Wohnheimes, und zwar auf folgender Grundsätze:

1. Anspruch jeden Kriegers auf Hergabe billigen Bodens, bei dessen Preis nicht der Marktwert, sondern allein die Rücksicht auf den gesicherten Bestand der Heimstätten ausschlaggebend ist;
2. Uebernahme des Grundstücks ohne Kapitalanzahlung gegen eine mäßige unfündbare Rente, die nicht erhöht werden darf, so lange der Kriegsteilnehmer lebt oder sich nicht der Heimstätte entäußert;
3. Bereitstellung von Baudarlehen gegen mäßige Zins- und Tilgungsätze, wobei nur für gärtnerische oder landwirtschaftliche Betriebe die berufliche Eignung und angemessenes Betriebskapital vorauszusetzen sind. Diese Tilgungsdarlehen dürfen die volle Höhe der Baukosten erreichen, damit auch unbemittelten die Errichtung eines Eigenheims ermöglicht wird.

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, was ein solches Gesetz bedeuten würde für den sozialen Frieden unseres Volks, für die gesündliche und sittliche Stärkung des ganzen Volkslebens, für die Erhöhung der Wehrkraft unseres neuen deutschen Reiches!

Kann es eine schönere und bessere Gabe für die tapferen Krieger geben, als wenn man ihnen eine Heimstätte bietet?

Nicht mit billigen Worten wollen wir all den Männern danken dafür, daß sie das Vaterland gegen eine Welt von Feinden verteidigt haben, daß sie bereit waren, ihr Leben dafür einzusetzen; sondern durch Herausgabe eines Stückchens dieser ihrer Heimat als unverlierbare Heimstätte, wo sie und ihre Kinder gesund und ruhig leben und arbeiten können.

Gelingt dieses große Werk, so wird damit zugleich einer Wiederholung dessen vorgebeugt, was nach dem Kriege 1870/71 in so verderblicher Weise einsetzte und eine tiefgehende nationale und soziale Verwirrung heraufbeschwor. Als unsere Heere nach den furchtbaren Kämpfen in Frankreich zurückkehrten - was mußten sie da erleben? Gerade in den Jahren 1871 bis 1873 schwebten die Preise der Baustellen, der bebauten Grundstücke und damit auch die Mietpreise außerordentlich empor.

Am 10. Mai 1871 wurde der ruhmvolle Friede zu Frankfurt am Main geschlossen. Berlin war Reichshauptstadt geworden. Am 25. August 1871 bereits stellte sich nach den von der Polizei angeordneten Ermittlungen heraus, daß am 1. Oktober mindestens 10 600 Berliner Familien ohne Obdach sein würden! Es entstanden die bekannten „Barackenlager“.

Wer hatte den Vorteil von diesen „Gefahren des Sieges“?

Am 20. Januar 1872 erschien der bekannte Jahresbericht von 1871 über Hypotheken und Grundbesitz von E. Salomon, der feststellte:

„Das verflossene Jahr kann wohl als eins der ergiebigsten und glückseligsten für den sogenannten Realcredit und Immobilienverkehr der letzten zehn Jahre bezeichnet werden.“

Und wie steht es heute? Was gewisse Kreise von einem glücklichen Ausgange dieses gewaltigen, blutigen Ringens erhoffen, hat vor kurzem einer ihrer Wortführer ausgesprochen. Es war auf der Generalversammlung der Tempelhoferfeld-M.G. für Grundstücksverwertung in Berlin, wo Kommerzienrat Haberland u. a. folgendes ausführte:

„Neue Bauten beabsichtige die Verwaltung nicht in Angriff zu nehmen, bevor sich die Lage übersehen lasse. Die Verwaltung könne augenblicklich im Interesse der Gesellschaft nichts Besseres tun, als die Geschäfte ruhen zu lassen. Während bei Abschluß des Geschäftsberichtes von 767 Wohnungen 72 unvermietet waren, sei diese Zahl bis auf 59 gesunken, ein Zeichen dafür, daß trotz der Kriegszeit die Vermietung der Wohnungen verhältnismäßig gut vorwärts schreite. Nach seiner reicheren Beendigung des Krieges sei voraussichtlich ein lebhafter allgemeiner Aufschwung zu erwarten, der wiederum den Zugang nach Berlin verstärken und eine „Belebung“ des Wohnungsmarktes mit sich bringen werde. Nach dem Kriege dürfe auch eine Steigerung der Wohnungsmieten eintreten.“

Solche Beispiele lassen sich vermehren. Wir, die wir daheim geblieben sind, müssen aus solchen Erfahrungen heraus lernen und auf der Hut sein. Es ist ein Stück sittlicher Pflicht für jeden, der sein Vaterland ehrlich liebt, nun aber auch in diesen Tagen dafür zu sorgen, daß solche „Gefahren des Sieges“ von vornherein und nachdrücklich unterbunden werden. Die Forderung von Heimstätten für unsere Krieger ist das zunächst zu erstrebende Ziel. Je mehr Organisationen dem „Hauptauschuß für Krieger-Heimstätten“ in Berlin NW. 23, Postingsstraße 11, beitreten, umso größer wird seine Aktions- und Stützpunkt.

Möchten diese Zeilen doch auch in den Kreisen der Leser den Willen zur Tat wecken und so dazu beitragen, einen Teil der Dankeschuld an die tapferen Vaterlandsverteidiger in dieser schönsten Form abzulassen.

Die Fürsorge für die Kriegesbeschädigten.

Der Krieg dauert nun schon 10 Monate, und dementsprechend nimmt die Zahl der Kriegesbeschädigten immer mehr zu. Ein auf diesem Gebiet sachkundiger Arzt gab die Zahl schon vor einigen Wochen auf 140 000 an. Dies ist nur eine schätzungsweise Zahl und man kann mit aller Bestimmtheit annehmen, daß die Zahl bedeutend höher ist. Doch darauf kommt es ja am letzten Ende gar nicht an. Als feststehend ist zu betrachten, daß es jetzt schon eine große Zahl von Kriegesverletzten haben, die dringend der Fürsorge bedürfen. Leider muß festgestellt werden, daß man in der Hauptsache aus den Erwägungen noch nicht herausgekommen ist. Darüber allerdings ist man sich in allen Bevölkerungsschichten einig, daß den Kriegesbeschädigten geholfen werden muß. Mit dem höchsten Bedenken ist denselben leider nicht gedient, dieselben sollen Taten sehen. Aus diesem Bedenken heraus haben sich denn auch die verschiedensten Organisationsrichtungen von Groß-Berlin zusammengefunden und haben betreffs der Kriegesbeschädigten ne-

stehende Eingabe an den Oberbürgermeister W e r m u t h der Stadt B e r l i n gerichtet:

B e r l i n, den 19. Mai 1915.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, nach der eine Organisation der Fürsorge für die Kriegesbeschädigten für den engeren Bezirk Berlin in gleicher Weise geschaffen werden soll, wie sie für die Provinz Brandenburg bereits durchgeführt ist. Diese gleichartige, in sich abgeschlossene Organisation wird alle für ihre Zwecke notwendigen Materialien anfertigen und die erforderlichen Anweisungen geben müssen. Damit wird eine enorme Arbeit wiederholt, die für die Provinz Brandenburg bereits geleistet worden ist. Den Kriegesbeschädigten, die der Fürsorge bedürfen, wird mit dieser besonderen Organisation nicht gedient. Kriegesbeschädigte, die in Berliner Lazaretten der Wiedergewinnung der Arbeitskraft harren, werden zum großen Teil in den zahlreichen Unternehmungen von Groß-Berlin, das heißt in Orten, die zum Verwaltungsgebiet der Provinz Brandenburg gehören, ihre Arbeitsstellen suchen und finden müssen. Den Kriegesbeschädigten kann deshalb, abgesehen von der entbehrlichen doppelten Arbeitsleistung für zwei gleichartige Organisationen, deren Tätigkeitsgebiete vollständig ineinandergreifen, mit dieser getrennten Organisation nicht gedient werden.

Die untergeordneten Organisationen der Angestellten und Arbeiter bitten den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Berlin dringend, die Fürsorge für die Kriegesbeschädigten in Berlin mit der gleichartigen Einrichtung für die Provinz Brandenburg organisatorisch zu verbinden.

Ferner bitten wir, unter Anerkennung dieses Grundsatzes, die Organisationsinstanzen insofern zu erweitern, daß zu dem Ausschuß, dem die Verwaltungsarbeit vorliegt, der alle Entscheidungen endgültig zu treffen hat, auch Vertreter von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden. Der Einwirkung dieser Korporationen wird es wesentlich zu danken sein, wenn die Kriegesbeschädigten der Erwerbsarbeit vollständig oder doch in größerer Zahl wieder zugeführt werden.

Die Trennung der Arbeitsvermittlung von der Fürsorge für die Kriegesbeschädigten darf nicht erfolgen. Beides muß organisatorisch verbunden werden, d. h. die Arbeitsvermittlung muß der allgemeinen Fürsorgeorganisation unterstellt werden. Nach einem vom 8. Mai d. J. datierten Rundschreiben des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise scheint eine Trennung der beiden gleich notwendigen Organisationen in Aussicht genommen zu sein. Wir bitten den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung dringend, die Arbeitsvermittlung so zu regeln, daß die Interessen der Kriegesbeschädigten gewahrt werden.

- Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
- Verband der deutschen Gewerksvereine (S. D.)
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Bezirk Brandenburg.
- Allgemeiner Verband der deutschen Bankbeamten.
- Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen.
- Deutscher Techniker-Verband.
- Berein der deutschen Kaufleute.
- Verband der Kunstgewerbezeichner.
- Deutscher Zuschneider-Verband.
- Verbandsverband für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe.
- Verband deutscher Handlungsgehilfen.
- Zentralverband der Handlungsgehilfen.
- Bund der technisch-industriellen Beamten.
- Verband der Bureauangestellten.
- Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirksverein Berlin und Umgegend.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat nun zur Fürsorge der Berliner Kriegesverletzten von den Stadtverordneten zunächst die Summe von 100 000 Mk. gefordert. Diese Vorlage ist nun zur näheren Beratung einem dazu bestimmten Ausschuß überwiesen.

Der „Vorwärts“ in Nöten! oder: Ein Jeder blamiert sich, so gut er kann.

II.

Die Erklärung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im „Correspondenzblatt“, die wir in der letzten Nummer der „Globe“ veröffentlicht haben, wurde nun auch von bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht und da mußte sich schließlich auch der „Vorwärts“ bequemen, über die stattgefundene Konferenz der Preßkommission mit den Führern der freien Gewerkschaften zu berichten. Seit dieser Zeit ist der „Vorwärts“

aus Berichtigungen über Für- und Widerrede nicht mehr herausgekommen. Ganz besonders arg wurde es, als im November die Mehrzahl der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum ersten Male für das gesamte Reichsbudget stimmte. Diese Abgeordneten wurden ohne weiteres von dem „Zentralorgan“ als Quertreiber und als Leute, die den sozialistischen Boden vollends verloren hatten, hingestellt, dafür aber wurden die Abgeordneten Liebknecht, Ledebour und Rühle, welche gegen das Budget gestimmt hatten, also offen Parteibisziplinbruch begangen hatten, ob ihres Verhaltens gelobt. Damit nicht genug, veröffentlichte der „Vorwärts“ entgegen jedem Gebrauch die Namen der sozialdemokratischen Abgeordneten, welche zwar nicht gegen das Budget gestimmt, aber vor der Abstimmung hinausgegangen waren. Dadurch wurde nun der breiten Öffentlichkeit bekannt, welche Abgeordneten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Annahme des Reichsbudgets gestimmt hatten. Diese letztere Gruppe blieb jedoch auch nicht untätig. Im „Hamburger Echo“, in der „Chemnitzer Volksstimme“ verteidigten dieselben ihre Haltung und heizten der Vorwärtsredaktion oft sehr arg ein. Singulär, daß die meisten Blätter der freien Gewerkschaften sich an die Seite der Budgetbewilliger stellten. Der „Vorwärts“ fand in der Hauptsache nur Stützen in den sattem bekannten überradikalen Blättern, wie der „Leipziger Volkszeitung“, dem „Stettiner Volksboten“ und dergleichen mehr. Ganz besondere Freude empfand das Zentralorgan, wenn es von den Zeitungen der mit uns kriegsführenden Länder, ob seiner Haltung, gelobt wurde. Aber auch dabei mußte das Blatt so manche bittere Bille schlucken, indem diese ausländischen Zeitungen auch zu verstehen gaben, daß der „Vorwärts“ nicht ernst zu nehmen sei, da er ja nur die Interessen einer kleinen Gruppe, aber keinesfalls die Mehrzahl der sozialdemokratischen Partei, geschweige noch die Meinung des deutschen Volkes vertritt. Diese Kritik war zwar hart, aber gerecht, denn man konnte dem „Vorwärts“ den Vorwurf nicht ersparen, daß er oft mehr die Interessen des Auslandes als die von Deutschland vertrat. Dies wurde auch von denen empfunden, die früher mit dem „Zentralorgan“ in eine Kerbe schlugen. Denn im „Correspondenzblatt“ der freien Gewerkschaften Nr. 2 vom 9. Januar erschien folgende Notiz:

„Deutsche Quertreiber in der Auslandsprelle.“
Daß die übergroße Mehrheit der organisierten Arbeiter Deutschlands einmütig hinter der Stellungnahme der Reichstagsfraktion zum Weltkrieg steht, unterliegt keinem Zweifel. Bisher war es nun in Deutschland üblich, daß auch die Minderheit ihre Auffassung im Rahmen der Partei, die die Entscheidung zu treffen hat, geltend machte. Im vorliegenden Falle aber trägt eine Minderheitsgruppe im Auslande ihre Auffassung vor, und erweckt fälschlicherweise den Eindruck, im Inlande daran verhindert zu sein. Diese Stimmungsmache gegen die deutsche Sozialdemokratie im Auslande können wir hier nicht ausführlich schildern. Aber als ein kleines Beispiel führen wir folgende Äußerung des Dr. Franz Mehring im „Labour Leader“ an:

„Was jetzt vorgeht, ist ähnlich dem, was in den ersten Jahren unter den Ausnahmeverhältnissen geschah, als, wie jetzt, die Führer ihre Köpfe verloren hatten, aber die Masse sich bald wieder unter der Parole: „Mit den Führern, wenn sie führen wollen, ohne die Führer, wenn sie inaktiv bleiben, trotz der Führer, wenn sie widerstehen“ zusammensanden. Schon wächst dieser Geist machtvoll in allen großen Parteizentren Deutschlands — in Berlin, Hamburg, Leipzig, Stuttgart — und der Tag ist nicht fern, wo die Rückkehr zum Frieden und zu den unerschütterten Prinzipien der Internationale von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden wird nicht nur mit leeren Phrasen, sondern mit der leidenschaftlichen Kraft eines durch die Kämpfe eines halben Jahrhunderts gestählten Willens.“
Ausgerechnet Franz Mehring, der bei der Verhängung des Sozialistengesetzes in der „Gartenlaube“ sah, ist der richtige Mann dazu, gegen die damaligen Führer in schwerer Zeit den Vorwurf der Kopflosigkeit zu schleudern.“

Wir glauben, daß das „Correspondenzblatt“ den Dr. Franz Mehring hier ziemlich schonend behandelt. Denn ein Mann, der in der jetzigen schweren Zeit solche dem ganzen deutschen Volke schädigende Behauptungen aufstellt, ist nicht scharf genug zu verurteilen. Wenn er aber glaubt, sich dieses durch den internationalen Verkehr zu leisten verpflichtet zu fühlen, so nennen wir das gelinde gesagt eine internationale Hegelei, gegen die sich jeder Deutsche mit aller Entschiedenheit wenden muß. Daß Herr Mehring dieses Handwerk im Auslande nicht allein betrieb, zeigte sich in einer längeren Abhandlung, die der „Vorwärts“ vom 26. Januar brachte, in der es heißt:

Genosse Emil Roth, Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbandes, veröffentlicht in der Chemnitzer „Volksstimme“ vom 23. Januar einen Artikel: „Gegen die Zerschlagung der öffentlichen Meinung im Ausland.“ Genosse Roth wendet sich dagegen, daß in der sozialdemokratischen Presse des Auslandes Erklärungen und Artikel deutscher Parteigenossen erscheinen, die demonstrativ verkünden, daß ein stets wachsender Teil der deutschen Arbeiterklasse mit der Reichstagsfraktion und dem

Unsere Kompagnie.*)

Unsere Mutter lebt zu Hause, unsere Feldmutter heißt die Kompagnie. Die Frau nicht hundert Gedanken des Liebsten; aber laulich gedieher unserer Kompagnie. Weib und Kinder warten auf den Vater; im Felde kämpft für ihren Schutz und Trug unsere Kompagnie. Wahrheitlich, was dreht sich nicht um sie? Sie ist die heilige Familie der Schlacht. Aus kleinsten Jochen rühret sich das Leben des Leibes; aus tausenden Familien legt sich der Staat zusammen. Der aus ihnen, wie aus den Jochenältern, kein Leben schöpft. Des Vaters hat seine Lebensstelle in der Kompagnie. Dort brennt der Herz in Feuer und Leid. Dort wird das Schicksal entschieden. Hier ist des Gewerts Kern.

Wie man den Friede erhebt sich aus dem Feld! Ich immer las ich drin. Der unsere Kompagnie leben noch so und so viele. Hier wird der Vater des Feldes Ernte. Da kann man nachrechnen. Der Friede ist lebhaftig mähren und jähenden. Wenn in einer der Kompagnie wieder weggetragen wird, es ist, als ob man die Stüd dem eigenen Leib verloren hätte. Man schreit sich um und schreit. Dann kommt man ans Erzählen knaps und abgerissenen Klings: „Weißt du noch? Damals fiel der! Ich sage dir, das war einer!“ „Dort wurde der bezwungen. Wie es ist jetzt wohl in der Heimat ergeht?“ Vom Grab zum Dorf, von Wauer zum Land spinnen sich die Fäden der Kom-

pagnie. Sie ist der Jungbrunnen, aus dem das Schlachten-ergebnis quillt. Sie ist der heilige Ring, den jeder trägt und jeder kennt. Es Klinge das Lied von unserer Kompagnie!

Die Gefreiten, Unteroffiziere, Feldwebel — sie gehören jetzt alle zusammen. In diesem engen Kreis des Ernstes wächst man ineinander. Gefahr und Not sind treffliche Erziehler und mancher hat drauhen erst befehlen und dort erst gehorchen gelernt. „Wißt ihr noch, wie's damals stand mit unserer Kompagnie?“ Wir glaubten, es komme keiner mehr zurück. Aber nachher besahen wir uns wie ein Wunder und staunten. „Wo du lebst auch noch und du“ und der Feldwebel zählt dankbar ab, was Bajonett und Schrapnell und Maschinengewehr ihm ließ. Mancher hat dem andern verziehen, was er ihm zu Hause nie vergeben hätte und manches Uebelwollen schwand dahin im Schützengraben und beim Sturm. Denn unsere Kompagnie braucht tapfere Leute; aber tapfer sind wir alle. Alles ist eine einzige Mannschaft und der Mann fürchtet nichts, nur die Feigheit!

„Und dann die Herren Leutnants!“ Sei, was ist's eine Freude, wie viel kerngesundes Holz im deutschen Frühlingwald steht. Jetzt zeigt es sich, daß Arbeit und Manneszucht das Höchste vermag, und wie ein kühner Streich und ein tolles Wagnis die Wangen färbt. Klitzende Jugend vermählt sich mit herbem Mannesernst und männliche Kraft strömt wie goldener Wein. Wer nicht magt, gewinnt nicht. Wir senden ihnen deutschen Gruß, den Herren Leutnants, von denen die Kugel so viele, viele sand und sind gar stolz, daß uns „kein Volk der Erde den deutschen Leutnant nachmacht.“

„Und dann der Herr Hauptmann?“ Er gehört dazu, wie der Punkt auf dem „i“. Verantwortung liegt auf seinen Schultern und sie zu tragen ist eine Ehre. Aber wie mancher ist nicht mehr! Er starb den Heldenlob. Ein Leutnant führt jetzt ober gar ein Feldwebel. Die „Jüde“ tun ihren treuen Dienst und jeder einzelne nimmt es doppelt ernst, seit der Hauptmann die Augen schloß. Man steigt und rächt im Sieg des Hauptmanns Tod. Seine Witwe weiß, wie das Grab drauhen geschnüßelt ist von hellen Blumen. Wie enge sind sie heute aneinandergerückt, die Vorgelegten und die Mustetiere. Sie tragen alle Königs-Rod und alle Vaterlands-Gewehr und jeder weiß, was es gilt, und daß der Wille zum Sieg so fest stehen muß, wie die Wacht am Rhein. So will es der Herr Hauptmann von unserer Kompagnie!

Das Lied von unserer Kompagnie — wer das dichten könnte, daß es laut vom Himmel Klingt und von selber singt, der war ein Dichter von Gottes Gnaden. Einweilen dichten Sturm und Sieg, Trommelflag und Gulaschkanone, Witz und Ernst, Tag und Nacht, Nebel und Sonnenschein, Wasser und Eis, Leben und Sterben; sie alle kommen zu unserer Kompagnie. Wir kennen sie wohl. Hier ist ihre Heimat, hier ist unsere Heimat. Unvergänglich bleiben solche Tage der Gemeinsamkeit und bis zum letzten Atemzug kennen wir den Nebenmann in unserer Kompagnie. Es ist ein hartes Ding um's Leben in unserer Kompagnie, und doch ist sie unsere Mutter. Ihr gilt unsere Treue, die Treue bis zum Tod!

* Das „Globe“-Stück ist durch H. Franz, Vorstand, Bismarckstraße 14, zu beziehen. Der „Vorwärts“ hat für den Kriegesbeschädigten bestimmt.

Partei Vorstand in Sachen der Bewilligung der Kriegskredite nicht einverstanden sei. Kloth führt dann fort:

„Dadurch wird die öffentliche Meinung des Auslandes irreführend und es werden bei den gegen Deutschland im Kriege stehenden Völkern Hoffnungen erweckt, die geeignet sind, den Krieg zu verlängern und die Verständigung über einen Deutschlands Sicherheit verbürgenden Frieden zu erschweren. Deshalb muß die deutsche Arbeiterklasse sich mit Entschiedenheit gegen solche Irreführungen des Auslandes wenden. Es ist das um so notwendiger, als jene Macher der öffentlichen Meinung im Ausland sich in Deutschland selbst als die verfolgte Unschuld hinstellen, die unter den heutigen Zensurverhältnissen sich nicht verteidigen könne. Dabei wählen sie in geheimen Konventikeln mit aller Gewalt gegen Fraktion und Parteivorstand, verbreiten Flugblätter, veröffentlichen darum, ob durch ihr Gebahren die Interessen der deutschen Arbeiterklasse im Inlande und Auslande aufs schwerste gefährdet werden. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, hätte nach meinen hausbadenen Begriffen von politischer und gewerkschaftlicher Disziplin die Aufgabe, die Beschlüsse der berufenen Vertretungen der Partei, Parteivorstand und Reichstagsfraktion, wenigstens begründend zu lassen und gegen böswillige und unverständige Angriffe zu verteidigen. Aber aus Sorge darum, daß die Gegenpartei nicht deutlich genug antworten könne, läßt er keinen Verteidiger des Standpunktes von Fraktion und Parteivorstand zu Wort. Er hat über alle Genossen, die nicht zu seiner „Richtung“ gehören, die Präventivzensur verhängt und führt sie so streng durch, daß die Militärbehörden ihn gewiß nicht überstreifen können. Die Preßkommission des „Vorwärts“, die „Süsterlin“ demokratischer Meinungsfreiheit, in der Rosa Luxemburg das Szepter schwingt, lehnt alle Beschwerden ab und verweigert für ihren Standpunkt jegliche Begründung, „weil das noch nie von Parteigenossen sonst verlangt worden ist.“ Welch edle Bescheidenheit von den Genossen! Möge mir die Chemnitz „Volksstimme“ daher gestatten, als Berliner Genosse in ihren Spalten gegen die Quertreiber zu protestieren. Wer die ausländische Partei- und Gewerkschaftspressen verfolgt, wird wissen, daß sie ihre Vorwürfe gegen die „unsozialistische“ Haltung der deutschen Sozialdemokratie mit Äußerungen aus deutschen Quellen reichlich belegen kann. Was ihnen etwa noch fehlt, liefern und ergänzen die „gründlichsten“ Kenner und „angesehensten“ Führer der deutschen Sozialdemokratie, Pannecol, Rosa Luxemburg, Liebknecht, Clara Zetkin, Westmeyer, Parabellum, Mehring, Trotsky und wie sie sonst noch heißen mögen. Zwar besitzen manche dieser „Vertreter“ der deutschen Sozialdemokratie eine recht zweifelhafte Aktivlegitimation zu dieser Vertretung, aber wenn man sich den rechten Anschein zu geben versteht, wird in dieser Welt des Scheines manches Unrechte für echt genommen. Wie wird nicht Rosa Luxemburg unter Bräuterei der großen Mehrheit der deutschen Partei als die wahre Verkörperung des internationalen Sozialismus, der internationalen Solidarität im Ausland gefeiert, weil sie gegen die Mehrheit Stellung nimmt! Sie wird als das Muster der besten Traditionen der deutschen Partei und zugleich als konsequente „deutsche“ Sozialistin hingestellt. Sie stammt aber nicht nur aus russisch-polnischen, sondern vertritt auch heute noch eine sagenhaft russisch-polnische Partei im Internationalen Sozialistischen Bureau. Während die wirklich organisierte Sozialdemokratie mit leidenschaftlichem Eifer den Kampf gegen den Zarismus führt, weiß man von jener Partei mit Sicherheit nur das eine, daß Rosa Luxemburg ihr angehört, und daß viel eher der Zar aller Reußen seine Krone verlieren wird, als Rosa Luxemburg jene Vertretung in der Internationale. Freilich ist unsere Genossin auch vielseitig genug, um auf den deutschen Parteitag als deutsche Delegierte zu erscheinen, und es würde ihr nicht mehr Mühe machen, Franzosen, Engländer, Russen oder sonstwen mit ihrer Vertretung zu beglücken, wenn diese danach Sehnsucht trügen. Wir haben den Internationalismus stets als das friedliche Zusammenwirken der verschiedenen unabhängigen Nationen angesehen, aber nicht als eine solche kosmopolitische Wurzellosigkeit.“

Nach dieser Einleitung beschäftigt sich Kloth mit zwei Artikeln von Rosa Luxemburg und Franz Mehring im „Labour Leader“, dem Organ der englischen unabhängigen Arbeiterpartei, über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie. Kloth ist der Meinung, daß die beiden Artikel ein durchaus schiefes Bild über die Haltung der deutschen Arbeiterschaft geben und fährt dann fort:

„Ähnlich wie Rosa Luxemburg und Mehring informiert der Herr der Pannecol das Ausland. Derselbe Mann, der den Gewerkschaftsagenten das Klassenbewußtsein absperrt, weil sie in ihrer „gehobenen“ Lebenshaltung das proletarische Empfinden verlernt hätten — gleichzeitig bezog er selbst ein viermal so großes Einkommen —, firmiert jetzt noch immer, um sich das Ansehen eines Vertreters der deutschen Sozialdemokratie zu geben, als „Anton Pannecol-Bremen“. Dabei hat er gleich zu Anfang des Krieges aus Deutschland Reichsheim genommen, um dann die deutsche Sozialdemokratie, die ihn jahrelang gastfreundlich aufgenommen hatte, in der ganzen Welt aufs schwerste zu verunglimpfen. Nun ist man ihn wenigstens in Bremen los geworden. Aber genau wie seine Firma nicht zutreffend ist, ist es eine falsche Aufmachung, wenn die Ausstellungen Clara Zetkin in der amerikanischen Parteipresse als die kräftigen Worte einer „Arbeiterin“ gegen die „verräterische“ Reichstagsfraktion wiedergegeben werden. Soll durch diese Vorwegnahme des Typs der Zukunftsarbeiterin der Beweis für ein besonders starkes proletarisches Klassenbewußtsein geliefert werden? Bei solcher Irreführung des Auslandes ist es nicht wunderbar, daß Liebknecht überall als Hero der deutschen Sozialdemokratie gepriesen wird, besonders bei den französischen Genossen. Aber sie machen dabei nicht die geringsten Anstalten, seiner Lehre zu folgen und der französischen Regierung die Kriegskredite zu verweigern. Und Liebknecht läßt sich die Lorbeerkränze mit Behagen um sein Haupt flechten und findet nicht der Mut der Konsequenz, seinen Bewunderern zuzurufen, daß sie — ist gerade das Gegenteil von dem tun, was sie an ihm bewundern, ebensowenig wie die russischen Lehrmeister der deutschen Sozialdemokratie ihre hochspannte revolutionäre Energie dort entwickeln, wo sie am dringendsten gebraucht wird, im despotischen Rußland.“

Kloth schließt seinen Artikel mit folgenden Bemerkungen: „Je rascher die weitesten Kreise des Auslandes erkennen, daß die Stellung der ungeheuren Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse feststeht und sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion, der gesamten Gewerkschaftspressen und des weitaus größten Teiles der Parteipresse deckt, um so eher wird nach dem Frieden eine Verständigung und ein weiteres Zusammenarbeiten möglich sein. Die Vertreter der deutschen Sozial-

demokratie“, die jetzt die Bruderparteien des Auslandes gegen die deutsche Sozialdemokratie aufheben, leisten der Internationale einen ebenso schlechten Dienst wie der deutschen Arbeiterschaft. Das sollten sie bei einiger Ueberlegung und Gewissenhaftigkeit selbst einsehen können.“

Die hier von Kloth gemachten Ausführungen verdienen auch von den nichtsozialdemokratischen Arbeitern bis nach dem Kriege festgehalten zu werden. Sie werden auch ihren Wert behalten für diejenigen, die jetzt im Schützengraben ihr Vaterland verteidigen. Besonders seine Feststellungen über die Haltung des Zentralorgans und die Namen der deutschen Quertreiber im Auslande, die nach seiner eigenen Ansicht die deutsche Arbeiterklasse schädigen. Kloth steht aber mit seiner Ansicht nicht allein. Das beweist eine Sitzung der Berliner Gewerkschaftsvorstände, auf die und ihre Folgen wir noch eingehen werden.

Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse

Gewertvereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jedes Gewertvereinsmitglied kann aufgenommen werden.

In der I Stufe bis zu 55 Jahren ohne ärztl. Untersuchung
II " " " 50 " " " "
III " " " 45 " " " "
IV u. V " " " 45 " mit " "

Der Wochenbeitrag beträgt in

Stufe	I	10 Pfg.
	II	21 " "
	III	33 " "
	IV	45 " "
	V	57 " "

Das Krankengeld beträgt in

Stufe	I	pro Tag —.50 M.
	II	" " —.80 " "
	III	" " 1.25 " "
	IV	" " 1.70 " "
	V	" " 2.15 " "

Außerdem wird ein Begräbnisgeld in den einzelnen Stufen gezahlt von

M.	20.—
	35.—
	55.—
	75.—
	95.—

Die Kasse untersteht dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung. Der Reservefonds hat die gesetzliche Höhe bedeutend überschritten und ist deshalb der Beitritt allen Kollegen und Kolleginnen zu empfehlen.

Die Kriegslage der deutschen Verbraucher.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am Sonntag den 16. Mai in der „Viktoria-Brauerei“, Lühnowstraße zu Berlin vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen abgehaltene Konferenz. Die dem Ausschuß angeschlossenen 60 Zentralorganisationen der Arbeiter, Angestellten, Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Frauen und verschiedener gemeinnütziger sozialpolitischer Vereinigungen aus sämtlichen politischen und religiösen Lagern, ferner die am Sitz der Generalkommandos und sonstigen bedeutenden Orten bestehenden 20 Bezirksausschüsse mit 16 Ortsausschüssen hatten ihre Delegierten entsandt. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt hat ein interessantes Bild über die Organisationsarbeit und die Entwicklung der deutschen Konsumentenbewegung, die heute von mehr als 7 Millionen Mitgliedern, mit Angehörigen also 25 Millionen Verbrauchern oder einem Drittel des deutschen Volkes getragen wird. Mit einer Reihe außenstehender Verbände schweben die Verhandlungen zum Anschluß noch und dürften baldigst zum Abschluß gelangen. Gegen den Kriegsausschuß haben sich der Verband junger Drogeristen durch seinen Austritt, sowie der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen, die bei der Gründungsversammlung des R. f. K. vertreten war, durch ein Rundschreiben an seine Vereine gewandt. Darin kommt der gleiche Geist wie in den Auslassungen der konsumentenfeindlichen „Kabattparvereinszeitung“, dem „Drogenghändler“, der „Degrofa“ usw. zum Ausdruck. Einige Verbände halten sich bedauerlicher Weise aus Furcht vor einer Berührung ihrer Mitglieder mit anderen Ständen und Richtungen noch fern. Die Presse hat sich im allgemeinen den Veröffentlichungen des R. f. K. gegenüber sehr zugänglich gezeigt. Eine große Zahl von Mitarbeitern aus der Wissenschaft, dem Handel, der Landwirtschaft und dem Handwerk wurde zu den Beratungen über wichtige Maßnahmen hinzugezogen. Ein Beweis für die Sinnfälligkeit des vielfach erhobenen Vorwurfs der Einseitigkeit der Interessenvertretung durch den Ausschuß. Auch die Bezirks- und Ortsausschüsse im ganzen Reich haben vielfach hervorragendes in der Propagierung und Festigung der Bewegung geleistet. Ueber volkswirtschaftliche Tätigkeit des Kriegsausschusses hielt Universitätsprofessor Dr. Waldemar Zimmermann einen eindrucksvollen Vortrag. Er führte aus, daß die Gründung des Kriegsausschusses aus dem Bestreben hervorgegangen ist, gegenüber dem Nahrungungsplan Englands die Durchhaltung zu organisieren und eine angemessene Preisgestaltung der vorhandenen Nahrungsmittel zu erstreben. Ihm fiel die Aufgabe zu, gegenüber den Bestrebungen in Regierungskreisen, die Einschränkung im Verbrauch durch eine Heraushebung der Warenpreise zu erzielen, entgegenzuarbeiten und diese Sparpreispolitik durch eine Beschäftigungspolitik zu bekämpfen. Diese Politik hat der Ausschuß durch Besprechungen mit der Regierung, durch Denkschriften, große öffentliche Kundgebungen und statistische Erhebungen sowie sonstige Selbsthilfemaßnahmen energisch verfolgt. Er kann die bald nach Aufnahme seiner Tätigkeit erfolgte Brotgetreide-Beschlagnahme als einen ersten großen Erfolg vermerken. Mit gleicher Entschiedenheit, aber mit wechselndem Glück wurde die Sparpreispolitik der Regierung bei den Kartoffeln und beim Fleisch bekämpft. Auch in der Frage einer

stärkeren Verwendung von Magermilch und Zucker, eines Verbots der Schnapsbrennerei, der Besserung der Rechtslage der Kriegerfamilien im Mietvertrage, der Abwehr einer Kürzung von Gehältern und Löhnen etc. wurde zu Gunsten der Verbraucher mit Nachdruck gewirkt. Die Aussprache über beide Vorträge brachte außer der einstimmigen Billigung der Vorstandsmaßnahmen eine Reihe wichtiger Anregungen. Ferner erstatteten die Bezirksorganisationen Berichte über ihre umfangreichen Arbeiten in der Provinz. An diesen Erörterungen beteiligten sich Geh. Justizrat Professor Dr. Erman-Münster, Dr. Potthoff-Düsseldorf, D. Lic. Weber-Bonn, Dr. Bornstein-Leipzig, Bauer-München, Liske-Dresden, Decker-Stettin, Seufert-Karlsruhe, Funke-München, Wiffels-Essen, Schäfer-Köln, und Agnes Herrmann-Berlin. Wiederholt wurde hervorgehoben, daß entgegen der von interessierten Stellen verbreiteten Auffassung der Kriegsausschuß nicht mittelstandsfeindlich sei. Nur gegen die Auswüchse des Geschäftslebens während des Krieges werde wie bisher energisch Front gemacht. Der solide Geschäftsmann, der angemessene Preise fordere, brauche in der Konsumentenorganisation keinen Gegner zu erblicken. Zum Schluß empfahl im Auftrage des Gesamtvorstandes Reichs- und Landtagsabgeordneter Giesberts die Fortführung und Weiterfinanzierung der Bewegung zunächst bis zum 31. Dezember. Nach kurzen Erklärungen von Plessner-Berlin, Robert Schmidt-Berlin, Hilbrandt-Berlin und Tischler-Berlin wurde der Vorschlag einstimmig gut geheißen. Sodann sprach Geheimrat Professor Dr. Junk-Berlin über das Thema: „Die Sicherung der künftigen Ernte für die Konsumenten“. Seine überaus beachtenswerten und mit lebhaftem Interesse verfolgten Ausführungen finden in den untenstehenden Richtlinien des Gesamtvorstandes ihren wesentlichen Ausdruck. Hervorgehoben zu werden verdient noch sein Hinweis auf die Möglichkeit, daß wir mit unserer voraussichtlich nur mittelgenugs Getreideernte auskommen können, wenn ein sofortiges Verbot der Verfütterung erlassen wird. Außerdem müsse energisch zur künstlichen Trocknung wie in anderen Ländern geschritten werden. Eine Erhöhung der Brotzation für die schwerarbeitende Bevölkerung, besonders die Landarbeiter, sei dringend zu wünschen. Dem Futtermangel könne durch Trocknung von Blättern aller Art in großem Maßstabe abgeholfen werden. Der wegen etwa 30 Prozent geringeren Ribenanbauflächen wesentlich knappere Zuckervorrat müsse im Hinblick auf seine große Bedeutung bei der Volksernährung durch Höchstpreise im Groß- und Kleinhandel für den menschlichen Bedarf gegen die Spekulation gesichert werden. Die Streckung der Getreidevorräte durch Kartoffeln will der Vortragende beibehalten wissen, ferner soll sofort nach der Ernte mit der Herstellung getrockneter Kartoffelprodukte begonnen werden. Selbst bei ungünstiger Kartoffelernte sei ein großer Ueberschuß über den menschlichen Bedarf vorhanden. Dieser könne nur unter scharfer Kontrolle des Schweinebestandes und bei Festsetzung eines angemessenen Preisverhältnisses zwischen Schweinen und Kartoffeln zur Fütterung benutzt werden. Als Ersatz für Fleisch käme die heute in großen Mengen verfügbare Magermilch in Betracht. Schließlich wandte sich der Vortragende gegen die Forderung von Normalpreisen auf Grund des Ergebnisses der letzten drei Jahre und eines Zuschlages von 10 Prozent. Er verlangte die rechtzeitige Festsetzung der Preise nach Anhören von Sachverständigen und Vertretern aller beteiligten Kreise. Dem Vortrage folgte allseitiger lebhafter Beifall. In der Diskussion vertrat Justizrat Eichenbach den Standpunkt des Deutschen Landwirtschafsrats. Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer die Kriegsgetreidegesellschaft, Kammer die Zentraleinkaufs-Gesellschaft. Außer diesen Gästen nahmen an der Tagung noch teil Professor Dr. Karl Oppenheimer und Direktor Dr. Kucynski-Schöneberg. Für die Konsumenten sprachen Professor Erman-Münster, von Gerlach-Berlin, Professor Ballod-Berlin, Schlaack-Köln, Dr. Bornstein-Leipzig, Bauer-München, Decker-Berlin und Hoffmann-Magdeburg. Das Leitmotiv ihrer Reden war die Forderung, daß der Krieg eine Last für die Gesamtheit, keine Last für den Einzelnen zur Bereicherung und zur Ausnutzung seiner Mitbürger sein dürfe. Schließlich fanden die folgenden Richtlinien für die deutsche Ernährungspolitik im neuen Entschluß mit den von Dr. Potthoff und n. Gerlach vorgeschlagenen Ergänzungen einstimmige Annahme:

1. Sicherstellung auskömmlicher Menschenernährung (vor dem Vieh) zu erträglichen Preisen.
 - a. Beschlagnahme hinreichender Mengen von Brotgetreide, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten sowie von Kartoffeln auf Großgütern, für den Jahresbedarf von 70 Millionen Menschen; öffentliche Enteignungs- und Sicherungsbefugnisse für andere elementare Massenbedarfsartikel wie Magermilch, Butter (bei Mangel sonstiger Fette), Fleischvieh, Zucker usw. auf Grund eines physiologischen Mindestbedarfsplanes.
 - b. Fortführung und gegebenenfalls Weiterbildung des gemeinwirtschaftlichen Verteilungsverfahrens nach Kopfmengen für Brot zc.
 - c. Systematische Durchbildung der Höchstpreisfestsetzung für Produzenten und Händler (prozentuale Vermittlungsvergütung) mit zeitlich gestaffelten Lagerzuschlägen. Verkaufszwang, Vorkaufsrechte für Gemeinden, gemeinnützige Anstalten usw. Eisenbahntariffpolitik. Reichsvergütungen für Auslandsbezüge. Rücksichtslose Anwendung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 138) und des Reichsstrafgesetzbuches (§ 263 und § 302) gegen wucherische Ausbeutung der Notlage des Reiches und seiner Bürger.
 - d. Systematische Herstellung und Aufspeicherung von Dauerwaren, Vorratsgemüsen, Trockenkartoffeln usw. Beschränkung der Trinkbrauntwein- und Biererzeugung. Pflege der öffentlichen Bürgerpeisungen. Einschränkung des „Stredens“ wichtiger Lebensmittel.
2. Öffentliche Ordnung der Viehhaltung und der Futtermittelversorgung.
3. Voraussetzungen: Errichtung einer Reichsernährungsbehörde im Zusammenwirken mit selbständigen Behörden für dezentralisiert verwaltete einheitliche Wirtschaftsbereiche i. d. einzelnen Reichsgebieten. Zuziehung der Konsumentenvertretungen bei allen Maßnahmen der Behörden in der Ernährungsfrage. Förderung der Ernteezeugung und einbringung mit geldlichen, technischen und organisatorischen Reichsmitteln. Sorgsamte Ernteschätzung. Bestandsaufnahmen für sämtliche wichtigen Nahrungs- und Futtermittel, wie für landwirtschaftliche Betriebsstoffe in ständiger Wiederholung, zum ersten Male sofort nach der Ernte, mit Deklarationszwang und

Schärfsten Strafbestimmungen für Falschmeldungen. Einziehung der verschwiegenen Vorräte. Errichtung städtischer Lebensmittelämter in allen größeren Gemeinden.

Der Vorsitzende schloß dann den überaus glänzend und fruchtbar verlaufenen Kongreß mit dem Wunsche, daß die zutage tretende reifliche Uebereinstimmung sämtlicher Anhänger der Kongressbewegung über alle wichtigen Fragen auch weiterhin zum Segen der deutschen Verbraucher bestehen bleiben und die Organisation zu weiteren Erfolgen führen möge.

Der Burgfrieden unter den Arbeiterorganisationen.

Nicht allein die Not der Zeit, sondern auch ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl hat dazu geführt, daß die verschiedenen Richtungen in der deutschen Arbeiterbewegung während des Krieges in allen wichtigen Fragen gemeinsam vorgegangen sind. Die oftmals recht gehässigen Kämpfe schweigen, in gemeinschaftlichen Beratungen werden alle die Arbeiterschaft und das Gemeinwohl betreffenden Fragen erörtert. Und man ist gut dabei gefahren. Das Ansehen der Arbeiterorganisationen hat dabei erheblich gewonnen, eine ganz andere Bewertung der Arbeiterbewegung hat Platz gegriffen. Es geht also auch so, und es entsteht die Frage, ob nicht dieses bessere Verhältnis zwischen den Organisationen auch für die Zeit nach dem Kriege aufrecht erhalten werden kann. Die Aufgaben, die dann gelöst werden müssen, werden erhebliche Anforderungen an die Ständevertretungen der Arbeiter stellen, und ihre Lösung wird uns umso leichter sein, je einiger und deshalb stärker die deutsche Arbeiterschaft ist.

Diesem Gedanken ist vor einiger Zeit im „Regulator“, dem Organ unseres Gewerkschaftsbundes der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Ausdruck verliehen worden. Es hieß da in einem Artikel der Nr. 12 vom 19. März u. a.:

„Eine andere Frage ist es, ob nach dem Kriege das Verhältnis zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationsrichtungen wieder das alte, leider gehässige bleiben soll, ob nicht auch darauf der Krieg eine heilsame Wirkung auslösen wird. Erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe, die grundsätzliche Ausnutzung besserer Bewertung der Arbeiterorganisation, hängen zum großen Teil von der Einigkeit der Arbeiterorganisationen ab. Diese fehlte vor dem Kriege. Wo wirtschaftliche Kämpfe siegreich für die Arbeiter endigten, geschah das meistens unter der von dem momentanen Zwange der Verhältnisse geschaffenen mühsamen Einigkeit. Die Deutschen Gewerkschaften strebten auf Grund ihres ganzen Programms eine solche Einigkeit an; sie haben schon den praktischen Beweis dieses Willens erbracht, doch ihr Einfluß war bis jetzt zu gering. Als Schrittmacher in der Arbeiterorganisation haben sich die Deutschen Gewerkschaften schon wiederholt in der Arbeiterbewegung bewährt, denn niemand kann ihnen streitig machen, daß sie die ersten waren, die die Arbeiterorganisation in ihrer heutigen Form der Berufsorganisation mit ausgebautem Unterstufenwesen schufen. Ob es ihnen gelingen wird, in der Einigkeit der Arbeiterorganisationen einen ähnlichen Erfolg zu erzielen, das steht noch aus. Gar so schwer wäre es bei dem guten Willen der in Betracht kommenden Richtungen nicht.“

Und zum Schluß dieser Betrachtung heißt es, daß die Frage wichtig genug sei, ob nicht angesichts der großen kommenden Aufgaben eine bessere Verständigung der deutschen Arbeiterorganisationen möglich und durchführbar wäre.

Diese Ausführungen haben in der Presse lebhafteste Erörterungen hervorgerufen. In den Organen der freien Gewerkschaften fanden sie zum größten Teil Zustimmung. Allerdings wurde mehrfach die Bemerkung gemacht, daß das Bestehen mehrerer Organisationen überflüssig und deshalb eine Verschmelzung angebracht sei. Davon kann natürlich nicht die Rede sein, denn in dem Artikel des „Regulator“ wird als Grundbedingung ausdrücklich gefordert, daß jeder Richtung ihre Eigenart belassen wird. Aber auch ohne Verschmelzung kann man auf freigewerkschaftlicher Seite den Anregungen des „Regulator“ ihre Berechtigung nicht verweigern.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ warf dazu die Frage auf, ob es sich dabei nur um einen wohlgemeinten Diskussionsstoff handele, oder ob auch der Zentralrat des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften hinter diesem Angebot stehe und ob dasselbe auch von den christlichen Gewerkschaftsleitungen sowie den polnischen Berufsverbänden ernst genommen werde. Was die christlichen Gewerkschaften anbetrifft, so fand auch hier der Gedanke keine grundsätzliche Ablehnung, wenn auch keine Aufnahme etwas läßler war. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“

bemerkte dazu, daß nach den bisherigen Erfahrungen das gegenseitige Vertrauen zu gemeinsamer Arbeit nicht gefördert werde, und als Beweis führte es zwei Streitfälle an, die die christlichen Gewerkschaften in der jüngsten Zeit mit den freien Gewerkschaften auszutragen hatten. Dazu bemerkte die doch wahrlich objektive „Soz. Prax.“:

„Daß die Reibungen zwischen den Gewerkschaftsrichtungen, wie sie vordem an der Tagesordnung waren, die Verständigungsmöglichkeiten beeinträchtigten, liegt auf der Hand. Aber man braucht aus der Schilderung der hier vorliegenden zwei Fälle doch nicht gleich den ungünstigen Schluß des Zentralblattes zu ziehen; vielmehr könnte man sagen, wenn im letzten halben Jahr nicht schlimmere Dinge zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgekommen sind als diese zwei, dann darf man alles andere eher, als an der Verständigungsmöglichkeit zweifeln.“

Das war sicherlich sehr gut gemeint; trotzdem erwidert darauf das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in seiner letzten Nummer:

„Wenn während des Krieges nicht „schlimmere Dinge“ zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften vorgekommen sind als diese zwei“, so liegt das nicht ausschließlich an dem guten Willen aller Gewerkschaftsgruppen, sondern auch daran, daß die Aufgaben der Gewerkschaften sich seit Monaten sehr verschoben haben, daß ihre Tätigkeit auf vielen Gebieten ein große Einengung erfuhr und daß schließlich auch die militärische Zensur vieles nicht gesehen läßt. Vorgänge wie beim letzten Ruhrbergarbeiterstreik, der Krefelder Färberbewegung usw., in die das agitatorische Moment nach unserer Meinung stark hineinspielte, konnten sich natürlich in den letzten Monaten nicht ereignen. Im übrigen haben wir bestimmt nicht an einer „Verständigungsmöglichkeit“ gezweifelt. Durch rhetorischen Ueberschlag und unerbetenes Drängen von außen wird allerdings nach unserer Meinung eine Verständigung nicht gefördert. Das hat die seinerzeitige Verständigungsaktion, die zwischen christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften von dritter Seite eingeleitet worden war, ohne daß die inneren Organisationsverhältnisse dafür geeignet gewesen wären, mit hinreichender Deutlichkeit gezeigt. Ein besseres Zusammenwirken zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften hängt zudem nicht bloß von diesen, sondern auch von dem Verhalten der sozialdemokratischen Parteipresse ab. Wenn diese nach dem Kriege wieder in ihre alten, ausgetretenen Gleise zurückkehrt, dann ist eine notdürftig zusammenkonstruierte gemeinsame Verständigungsgrundlage der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen bald wieder zerfallen.“

Dazu möchten wir bemerken, daß in der Tat die nach den zwischen uns und den christlichen Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen gemachten Erfahrungen nicht besonders ermutigend sind. Indessen das lag weniger an der Sache selbst als an der Durchführung. Es gibt eben überall Leute, die sich von alten Gewohnheiten nicht frei machen können, und die deshalb den früheren Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt haben. Wenn indessen die nötige Aufklärungsarbeit geleistet wird und wenn man mit Nachdruck hinweist auf die guten Erfahrungen, die man während der Kriegszeit mit einem gemeinsamen Arbeiten gemacht hat, dann kann es nicht

allzuschwer sein, bessere Beziehungen zwischen den Organisationen zu schaffen. Das aber liegt durchaus im Interesse nicht nur der Arbeiterschaft, sondern einer gedeihlichen Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens überhaupt. So denkt nicht allein der „Regulator“, sondern das ist die Auffassung des Gesamtverbandes der Deutschen Gewerkschaften. Unser Ideal ist ja die einheitliche Arbeiterbewegung. Wir wollen nicht, daß die Arbeiterschaft durch politische oder konfessionelle Momente zersplittert wird, und wir sind der Ueberzeugung, daß die Arbeiterbewegung am besten auf neutralem Boden gedeiht. Daran ist aber, wie die Verhältnisse augenblicklich liegen und auch in absehbarer Zeit liegen werden, nicht zu denken. Deshalb wünschen wir, daß die bestehenden Organisationen sich wenigstens gegenseitig anerkennen und achten, und daß sie versuchen, gemeinsam die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Durch die bisherigen Kämpfe sind ihre Kräfte zersplittert und Zeit und Geld unnütz verbraucht worden, die viel besser für die Arbeiterschaft hätten Verwendung finden können.

Von diesem Gedanken geleitet, hat sich der Zentralrat in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt und nach gründlicher Aussprache einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Eines der erfreulichsten Ergebnisse, die dieser sonst so furchtbare Krieg gezeitigt hat, erblickt der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften in dem gemeinsamen Arbeiten der verschiedenen Organisationsrichtungen, wie es auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, des Arbeitsnachweises, der Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Sicherung der Volksernährung und sonst bei der Vertretung der Arbeiterinteressen während der ganzen Dauer des Krieges durchgeführt worden ist. Er spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß bei aller Wahrung der Eigenart der verschiedenen Richtungen auch nach Friedensschluß ein solches Neben und Miteinanderarbeiten möglich ist im Interesse der Arbeiterschaft und des deutschen Wirtschaftslebens.“

In der Erkenntnis, daß zur Zeit die einheitliche Arbeiterorganisation auf neutralem Boden, wie sie als Ideal den Deutschen Gewerkschaften vorschwebt, nicht zu verwirklichen ist, macht sich der Zentralrat die im „Regulator“ vertretenen Anschauungen zu eigen. Da diese Anschauungen auch in der Presse der andern gewerkschaftlichen Organisationen zum Teil völliger Zustimmung, nirgends aber grundsätzlicher Ablehnung begegnet sind, bringt der Zentralrat seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck, alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf abzielen, auch nach dem Kriege ein erträglicheres Verhältnis zwischen den verschiedenen Organisationen aufrechtzuerhalten und in allen die gesamte Arbeiterschaft betreffenden Fragen ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen.“

Der Zentralrat glaubte durch diese offene Stellungnahme der deutschen Arbeiterschaft einen Dienst zu erweisen. An den anderen Organisationsrichtungen liegt es nunmehr, zu zeigen, ob sie uns auf dem angedeuteten Wege folgen wollen. Gangbar ist er, wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden ist. (Gewerkschaften.)

Amliche Bekanntmachungen.

Adressenänderungen.

Vorsitzender:

Berlin V: H. Borchardt, Christianiastraße 9.

Schriftführer:

Berlin V: W. Schmidt, Pappelallee 51.

Jena: P. Burkhart, Wenigenjenaer Platz 5.

Verwaltungskommission der vereinigten Berliner Ortsvereine.

Vorsitzender: C. Ruppel, NO. 55, Christburgerstraße 26.

Schriftführer: H. Hippe, N. 58, Dunckerstraße 68.

Kassierer: A. Krämer, N. 31, Bernauerstr. 18.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt für jeden Ortsverein die graue statistische Karte bei, um deren genauer Ausfüllung und pünktlicher Einsendung dringend gebeten wird.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig.

An die Dahingegangenen!

Auf dem Schlachtfeld der Ehre sind schon viele brave Freunde gefallen!
Ehre ihrem Andenken!
Der Ehrenschmuck, das Eiserne Kreuz, ziert manchen lieben Freund!
Dank den Tapferen!
Kollegen! arbeiten wir zu Hause so, daß sie nach ihrer Rückkehr auch uns danken können.
Steht zusammen, haltet den Gewerkschaftsverein hoch!

Anzeigen.

Hier den Inserenten ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

Ulm a. D. Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 1 Mk. Unterstufung als Ortsbeitrag vom Ortsverbandskassierer **Greiner, Pflanzengasse 17.**

Sprottau-Gelan (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten eine Unterstufung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer **P. Schiener** in Sprottau, Glogauerstraße 16. Arbeitsnachweis ebenfalls.

Seilingen, Pflanzg., (Ortsverband). Als Gewerkschaftsmitglied erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pfennig bei **G. Sapper, Bismarckstr. 42.**

Eintrich (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstufung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer **P. W. Müller, Georgstraße 3.** Postfach ist „Prinz von Preußen“, Georgstraße.

Dag in Schonen. Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten ein Nachlohn und Gehalt oder eine kleine Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutscher nationaler Arbeiter-Verenigungen, **Chibitzstraße 8.**

Kollegen und Kolleginnen!

Beachtet die Vorteile unserer **Zuschauerkassette** und **Streckkassette** des Gewerkschaftsvereins.

Ankunft erteilt und Annahmen nimmt entgegen.
Das Hauptbüro:
Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 222.



Kollegen, schützt Frau und Kinder

für den Fall Eures frühzeitigen Todes, **sorgt** für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Aussteuer oder den Erbschaft Eurer Kinder bei unserer gemeinsamen **Vollversicherung**. — **Alle Gewerkschaften** können den Versicherten zu.

Vollversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften D. D.

Berlangt kostenlose Auskunft bei unseren örtlichen Verwaltungsstellen oder im **Verbandsbüro** Berlin NO. 55, Greifswalder-Str. 221/23.

Die Deutschen Gewerkschaften im Strome des öffentlichen Lebens

von **F. Varnholt.**

Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlich empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:

1 Stück	0,10
25	2,00
50	3,50
100	6,00

Die Broschüre soll nicht bloß an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerkschaften und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbüro, Berlin NO. 55, Greifswalder-Str. 221/23, zu richten. Die Zusendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Voreinsendung des Betrages.

Kollegen werbt Mitglieder für unsern Gewerkschaftsverein!

Potsdam (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Slogan (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kassierer **Unglaube, Preußische Straße 89.**

Sera (Ortsverband). Die Unterstufung an durchreisende Gewerkschaftsmitglieder wird ausbezahlt bei **H. Schneider, Schockernstraße 82.**

Mathenow (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kassierer **Aug. Schür, Semlinerstraße 23.**

Birshan (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Breslau (Ortsverband). Die Unterstufung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsvereinskassierer **Hermann Gansel, Neumarkt 28.**

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten III. 1.-Reisenunterstützung auf dem Arbeitersekretariat **Nachen, Jülicher Str. 77.**